

## Trennung

T.06

### Ziel und Zweck – Grundsätze

In der Regel wohnen beide Ehegatten im gleichen Haushalt. Obschon sie je über einen eigenen Unterstützungswohnsitz verfügen (Art. 6 ZUG), werden sie rechnerisch als ein Unterstützungsfall behandelt (Art. 32 Abs. 3 ZUG).

### Vorgehen

#### *Getrenntes Wohnen während der Ehe*

Trennen sich die Ehegatten faktisch, d.h. ohne entsprechende gerichtliche Schritte einzuleiten, bleiben die rechtlichen Wirkungen der Ehe (Unterhaltspflicht) und die Unterst tzungseinheit grundsätzlich bestehen, d.h. es wird ein Budget aufgestellt und in der Regel auch nur ein Mietzins berücksichtigt.

Auf das getrennte Wohnen von gerichtlich nicht getrennten Ehepaaren ist dann abzustellen, wenn das Getrenntleben auch steuerlich berücksichtigt wird oder andere wichtige Gründe vorhanden sind. Dies kann bei beruflichen Umständen der Fall sein (z.B. auswärtiger Arbeitsort eines Ehepartners) oder wenn ein Zusammenleben sonst nicht mehr möglich oder nicht mehr zumutbar ist. Auch dann ist aber dafür zu sorgen, dass die unterstützte Person die ihr gegenüber dem nicht unterst zten Partner zustehenden Ansprüche geltend macht. Soweit keine angemessenen Beiträge vereinbart worden sind, darf eine gerichtliche Regelung des Unterhalts verlangt werden (vgl. Art. 176 ZGB). Die dazu erforderlichen Schritte hat die unterstützte Person unverzüglich einzuleiten. Die Sozialbehörde erlässt eine entsprechende Auflage und Weisung (Verfahren nach §§ 17 + 165 SG). Wenn die unterstützte Person dieser Auflage nicht nachkommt, dann ist nach wie vor von nur einer Unterst tzungseinheit auszugehen.

### Bemerkungen

*Gründe für separate Unterst tzungseinheiten:*

- **Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes im Rahmen von Eheschutzmassnahmen (Art. 175 ff. ZGB)**  
 Jeder Ehegatte ist berechtigt, den gemeinsamen Haushalt für solange aufzuheben, als seine Persönlichkeit, seine wirtschaftliche Sicherheit oder das Wohl der Familie durch das Zusammenleben ernstlich gefährdet ist. In diesem Fall sind die Pflichten beider Eheleute neu zu klären (Festsetzung der Unterhaltsbeiträge, Zuteilung der Wohnung, Obhutszuteilung für unmündige Kinder, Gütertrennung etc). Nach gerichtlicher Anordnung hat jeder Ehegatte einen eigenen Unterst tzungsanspruch, d.h. es werden zwei Unterst tzungsdossiers geführt.
- **Bevorstehende gerichtliche Trennung/Scheidung (Art. 137 ZGB)**  
 Ist eine Klage auf Trennung oder Scheidung eingereicht, so kann jeder Ehegatte für die Dauer des Prozesses den gemeinsamen Haushalt aufheben. Jeder Ehegatte hat einen eigenen Unterst tzungsanspruch.
- **Gerichtliche Trennung/Scheidung (Art. 137 ff. ZGB)**  
 Das Urteil regelt die Folgen der Trennung oder Scheidung, insbesondere die Unterhaltsbeiträge, die güterrechtliche Auseinandersetzung sowie die Elternrechte und -pflichten. Jeder Ehegatte hat einen eigenen Unterst tzungsanspruch. Verändern sich die Verhältnisse nach dem Urteil, kann beim Gericht eine Klage auf Abänderung des Urteils angestrengt werden. Wenn es sich um Besuchsrechtsfragen handelt, liegt die Zuständigkeit bei der Vormundschaftsbehörde

### **Grundlagen**

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10.12.1907 (ZGB), SR 210, Art. 137 ff. (Ehescheidung/-trennung) und Art. 175 ff. (Eheschutzmassnahmen)
- Bundesgesetz vom 24.6.77 über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG), SR 851.1, Art. 6 und 32 Abs. 3

### **Zuständigkeiten**

- Gerichtspräsidentin bzw. Gerichtspräsident für Eheschutzmassnahmen insbesondere Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes und für Ehescheidung/-Trennung.